

HAE  
3.11.73

# Charlottenstraße: Haus besetzt

„Aktion Wohnungsnot“ attackiert Sanierungspolitik der Stadt in Linden

Eine Gruppe von Studenten, jungen Angestellten und Arbeitern vorwiegend aus Linden hat gestern nachmittag das zum Abbruch bestimmte Haus Nummer 30 in der Charlottenstraße in Linden besetzt. Die jungen Leute, die sich zu einer „Aktion Wohnungsnot“ zusammengeschlossen haben, wollen damit gegen die „gewaltsame Sanierung des Stadtteils Linden auf Kosten kleiner Leute“ protestieren, wie es ein Sprecher der Gruppe in einem Gespräch mit der „Allgemeinen“ formulierte.

Anlaß zu der gestern gestarteten Aktion ist die Schließung eines kleinen, aber – wie Nachbarn bestätigen – gutgehenden Milchladens neben dem Haus Nummer 30, den die 43 Jahre alte Helga F. bis zum Jahresende betrieben hat. Dieser Laden, der Strom und Wasser aus dem jetzt besetzten Haus bezog, ist ebenfalls vom Abbruch bedroht. Beide Gebäude gehören der Stadt und sollen der geplanten Sanierung des Stadtteils Linden weichen.

In einem Flugblatt, das die „Aktion Wohnungsnot“ gestern verteilt, heißt es allerdings, auf Grund heftiger Angriffe vieler Lindener hätten Vertreter der Stadtverwaltung auf einer Versammlung der Aktion am 29. Dezember vergangenen Jahres zugesagt, es werde noch einmal geprüft, ob der Abriß des Ladens überhaupt erforderlich sei. Dabei gehe es vor allem um die Frage, ob die Versorgungsleitungen des Milchgeschäfts an das Haus Nummer 28 angeschlossen werden können.

In dem Flugblatt und einer nach der Besetzung verteilten Presseerklärung übt die „Aktion Wohnungsnot“ scharfe Kritik an der bisher betriebenen Sanierungspolitik der Stadt. Ihrer Ansicht nach wird die Lage vieler Lindener durch deren „Vertreibung in andere Stadtteile“ und der damit verbundenen höheren Mieten und längeren Fahrzeiten zum Arbeitsplatz und zur Schule verschlechtert. Außerdem werde die Wohnungsnot durch „planloses Abreißen“ vergrößert, weil für die Betroffenen „kein gleichwertiger Ersatz“ zur Verfügung gestellt werde. Am Beispiel des Milchladens wird außerdem aufzuzeigen versucht, daß „kleine Gewerbebetriebe vernichtet werden“.

Die Hausbesetzer, die sich für die im Haus herrschende grimmige Kälte notdürftig mit Wärmendem versorgt haben, fordern:



Mit Spruchbändern an der Fassade des besetzten Hauses in der Charlottenstraße artikuliert die „Aktion Wohnungsnot“ ihre Bedenken gegen die Sanierungspolitik. Aufn. (2): Kleindienst

- Kein Abriß von Wohnungen und kleinen Läden ohne gleichwertigen Ersatz.
- kein Abriß des Milchladens Charlottenstraße 30 und
- Errichtung von Pavillions für kleine Lindener Gewerbebetriebe während der Zeit der Sanierung.

Ein Sprecher der Aktion betonte gestern abend, die Besetzer seien entschlossen, so lange in dem Haus zu bleiben, bis die Stadt auf ihre Forderungen eingehen werde. Für Helga F. fordert die Aktion zusätzlich eine finanzielle Entschädigung für die Kosten, die ihr durch die Kündigung entstanden seien.

Gegen Abend trafen sich Vertreter des Liegenschaftsamtes mit den Besetzern zu einem ersten Gespräch. Außerdem unternahmen zwei Beamte des 10. Polizeireviers einen Rundgang durch das seit mehreren Wochen leerstehende Haus, das ohne Strom- und Wasseranschluß ist. Sie ermahnten die Besetzer lediglich, ruhestörenden Lärm während der Nachtzeit zu vermeiden.

Helga F. teilte am Abend auf Anfrage mit, sie gebe auf und werde auch dann nicht wieder öffnen, wenn das Geschäft vom Nachbarhaus mit Strom und Wasser versorgt werden. Bbl.

# Stadt kauft Milchprodukte auf

HAZ 4.1.73

## Hilfe für Helga F. / Forderungen der Hausbesetzer werden erfüllt

Während gestern ein Bautrupps des Elt-Werkes die Stromzufuhr zu dem von Mitgliedern der „Aktion Wohnungsnot“ besetzten Haus Charlottenstraße 30 klappte, einigte sich die Stadtverwaltung mit der Inhaberin des benachbarten Milchladens, der – wie berichtet – ebenso wie

HAZ, 4.1.1973

das besetzte Haus im Rahmen der Sanierung in Linden Süd vom Abbruch bedroht ist.

Auf Anregung von Ratsherr Horst Grotefendt, der in der Charlottenstraße wohnt, wird die Stadt die in dem geschlossenen Milchladen verbliebenen Vorräte aufkaufen und zum Teil in der Rathauskantine verwenden. Außerdem soll die Milchhändlerin, die 43 Jahre alte Helga F., von der Stadt eine Entschädigung erhalten. Die Frau bekräftigte gestern vor Vertretern der Verwaltung ihre schon am Dienstagabend der „Allgemeinen“ gegenüber geäußerte Absicht, das Geschäft auch dann nicht weiterzuführen, wenn ihr Laden aus dem benachbarten Haus Nummer 28 mit Strom und Wasser versorgt werde. Dennoch wurde gestern ein Stromkabel verlegt, damit Helga F. ihre Inventur abschließen kann. Im Rahmen des Städtebauförderungsgesetzes soll die Frau auch bei der Umschulung auf einen anderen Beruf finanziell unterstützt werden.

Der Leiter der Stelle für Sanierung beim Stadtplanungsamt, Ulrich Gerlach, erklärte gestern auf Anfrage, daß die Kündigung für das Ladengeschäft der Frau bereits im Januar vergangenen Jahres ausgesprochen worden sei. Gerlach räumte ein, daß „wir die Problematik des Falles nicht mitgekriegt haben.“ Sein Amt habe „die Angelegenheit aus den Augen verloren“. Er führte das auf den „Gewöhnungsprozeß“ zurück, den die Verwaltung in den Sanierungsangelegenheiten durchzumachen habe. Zu den übrigen Forderungen der „Aktion Wohnungsnot“ – kein Abriß von Wohnungen und kleinen Läden ohne gleichwertigen Ersatz und Errichtung von Pavillons für kleine Lindener Gewerbebetriebe während der Zeit der Sanierung – erklärte Gerlach, es sei selbstverständlich, daß nach diesen Grundsätzen verfahren werde. In einer Mitteilung des städtischen Presseamtes heißt es dazu, Einzelheiten würden jeweils mit der Unabhängigen Bürgerinitiative Linden Süd erörtert.

Befremden hat bei der Stadtverwaltung eine erst gestern neu erhobene Forderung der Besetzer ausgelöst. Sie verlangen die „Zuweisung einer Drei- und einer Fünzimmerwohnung zu günstigem Mietzins an Mitglieder der „Aktion Wohnungsnot“. Oberstadtdirektor Martin Neuffer ließ dazu erklären, über die Forderung könne nur im Rahmen einer Prüfung durch das Amt für Wohnungswesen entschieden werden. Dabei sei als Grundlage der für alle Bürger Hannovers gültige Maßstab anzulegen, wenn sie sich in Wohnungsnot befänden.

An eine zwangsweise Räumung des besetzten Hauses ist vorerst nicht gedacht, da – wie es vom Presseamt heißt – „im Augenblick die Rechte Dritter durch diese Hausbesetzung nicht beeinträchtigt sind“. Um eventuellen Versicherungsansprüchen vorzubeugen, ließ die Stadt, die das Haus Nummer 30 im Jahre 1966 erworben hat, gestern neben dem Eingang eine Warntafel anbringen: „Die Benutzung des Hauses ist mit Gefahren verbunden. Betreten verboten!“ Bül.